



18. Wahlperiode

Drucksache **18/1984**

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Grundgesetzänderung jetzt - Erhalt des Prinzips der Leistung aus einer Hand im SGB II – Hessens Hilfesystems für Arbeitsuchende verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass jetzt so schnell wie möglich im Bundestag und Bundesrat die notwendige Grundgesetzänderung erfolgt, damit das Prinzip der Leistung aus einer Hand im SGB II und ein dezentrales und passgenaues Hilfesystem für Arbeitsuchende in der Grundsicherung über das Jahr 2010 hinaus möglich bleibt. Es muss endlich Rechtssicherheit hergestellt werden, sowohl für die arbeitsuchenden Menschen wie für die in den Job-Centern Beschäftigten.
2. Der Landtag erwartet, dass Bundesregierung, Bundestag und Länder gemeinsam eine verfassungskonforme Lösung erarbeiten, die sowohl die Fortführung der Arbeitsgemeinschaften der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen (ARGEN) und den Erhalt bestehender Optionskommunen sichert, als auch die Möglichkeit eröffnet, weitere Optionskommunen zu zulassen.
3. Der Landtag bedauert, dass seit dem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom Dezember 2007 sehr viel Zeit mit kleinkariertem Gezänk um die Organisationsreform der Jobcenter vertan wurde. Der Landtag begrüßt deshalb den Sinneswandel der Bundesarbeitsministerin und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sich noch bis vor kurzem gegen eine Verfassungsänderung aussprachen.
4. Der Landtag stellt fest, dass gute Betreuung für Arbeitslose mit der Frage der Trägerschaft nicht allein beantwortet wird. Mit der Entscheidung für eine dauerhafte Organisationsform für Jobcenter sind die Probleme der vielerorts mangelhaften Betreuung im Bundesland Hessen längst nicht gelöst. Noch immer gibt es hier – unabhängig von der Organisationsform – massive Mängel bei der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen.

Noch immer werden

- Mittel der Eingliederungshilfen für Arbeitslose nicht ausgeschöpft,
- sind Eingliederungs- und Vermittlungsquoten im Vergleich zu anderen Bundesländern unbefriedigend

- sind Personalschlüssel nicht erfüllt,
- die Fallmanager nicht immer gut qualifiziert,
- fehlen ausreichende Angebote zu Qualifikation und Fortbildung,
- fehlen Angebote der Kinderbetreuung besonders für Alleinerziehende.
- Wird im Bereich öffentlicher Beschäftigung die Diskussion um deren Fortentwicklung verweigert.

Wiesbaden, den 2. März 2010

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir